



Grüne Stadt



Seite 2

Humboldt-Forum



Seite 4

G-8 Protest



Seite 8

Aus BVV und Ausschüssen

Dringlichkeitstango

Druck und Geschwindigkeit des politischen Lebens im Bezirk läßt sich am sichersten an der Zahl der Dringlichkeitsanträge zu den Tagungen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) ablesen und an der Zeit, die sich die BVV dafür nimmt. Bei der Siebten Tagung waren es vier. Ihre Behandlung nahm fast die Hälfte der Sitzungszeit in Anspruch.

Zunächst wurde durch einen Antrag dreier Fraktionen (SPD, Linke und Grüne) dem ausschließlich auf Geldgewinn ausgerichteten Interesse der evangelischen Kirchgemeinden St.Petri/St.Martin an der Bebauung eines Teils der Friedhöfe entlang der Heinrich-Roller-Straße ein Riegel vorgeschoben. Wie lange dieser hält, bleibt abzuwarten; die BVV setzte jedoch ein deutliches Zeichen zugunsten des Vorrangs des Gemeinwohls vor wirtschaftlicher Verwertung. Als nächstes beschloss die BVV auf Initiative der Linken eine Resolution, die vom Finanzsenator die Rücknahme der fortgesetzten Kürzungen im Bereich Hilfen zur Erziehung fordert. Seit dem Jahr 2002 werden hier die

Bezirksverordnetensaal

Bezirke gezwungen, Mittel, auf die Familien einen gesetzlichen Anspruch haben, aus anderen Töpfen zu decken.

Dies kann und darf gerade unter einer rot-roten Landesregierung so nicht weitergehen. Eine dringliche Große Anfrage unserer Fraktion zur Nichteinrichtung von neuen Klassen am Gauß-Gymnasium und der Schule für Lernbehinderte im Komponistenviertel förderte zu Tage, dass sowohl die bezirklichen als auch die schulischen Gremien bisher nur unzureichend in die Entscheidungsprozesse eingebunden sind, was erheblich zu den entstandenen Irritationen und Verärgierungen beigetragen hat. Dass die genannten Gremien jetzt Ordnung

in das Wirrwarr bringen können, bleibt zu hoffen. Schließlich verlangten die Grünen, den Eliashof in der Senefelder Straße noch zum Schuljahresbeginn wieder zu einer Grundschule zurückzubauen.

Dabei verwiesen sie auf die anstehenden Kürzungen im Kulturbereich, waren aber ganz empört, als unsere Fraktion ihnen vorhielt, sie würden bewusst Kultur gegen Schule ausspielen. Der rein populistische Antrag sorgte für eine hitzige Debatte, die behauptete Dringlichkeit des Ansinnens wurde am Ende jedoch von der BVV selbst ad absurdum geführt, die diesen Antrag in die Ausschüsse überwies.

Wolfram Kempe
Bezirksverordneter

Mieterschutz für 450 Wohnungen unklar



Im März 2006 erteilte das Bauamt eine Baugenehmigung für 450 Wohnungen in der Grünen Stadt. Damit wurde der Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) umgangen, der den Kiez im Prenzlauer Berg unter den Schutz einer Erhaltungsverordnung stellen und so Mieter schützen wollte (extraDrei berichtete).

Nachdem der Eklat im Mai bekannt wurde, wurden Linksfraktion, SPD und Grüne sofort tätig. Aber zunächst noch mal ein Rückblick, was bisher geschah: BVV und Bezirksamt unternahmen in der Vergangenheit alles, um so schnell wie möglich eine Erhaltungsverordnung rechtskräftig auf den Weg zu bringen. Um keinen Tag zu vergeuden, fand im Februar 2006 eine Sonder-sitzung der BVV statt.

Ein Jahr lang glaubten nun die Verordneten, dass ein den sozialen Belangen Rechnung tragender Ablauf der beabsichtigten Modernisierung

des Kiezes gemäß eines Sozialplanes für alle Mieter gesichert ist. Irrtum.

Für die Wohnblöcke Greifswalder Straße, Anton-Saefkow-, Eugen-Schönhaar- und John-Schehr-Straße trifft dies nicht zu.

Die Baugenehmigung für eine Modernisierung der 450 Wohnungen wurde wenige Tage vor dem in Kraft treten der Verordnung ohne Ausnutzung der bestehenden Fristen oder anderer zwingender Gründe durch das Bauamt erteilt.

Diese Baugenehmigung hätte zu diesem Zeitpunkt nicht erteilt werden dürfen. Es war parteiübergreifender politischer Wille der BVV, die Mieter der Grünen Stadt vor exorbitanten Mieterhöhungen nach erfolgter Modernisierung zu schützen. Denn für die Mehrheit der Mieter könnte mit einer Modernisierungsumlage von über drei Euro eine Verdopplung der Nettokaltmiete eintreten. Dort wo die Erhal-

tungssatzung jedoch greift, konnten laut Mieterberatung exorbitante Mietsteigerungen verhindert werden. Für die Haushalte von Hartz IV-Betroffenen und Sozialhilfeempfängern wird für zwei Jahre die Miete nicht höher sein, als die Wohnkostenrichtlinie es verlangt.

Bei allen anderen gering verdienenden und wohngeldberechtigten Haushalten wird die Bruttowarmmiete nach Modernisierung auf höchstens 30 Prozent des Nettohaushaltseinkommens begrenzt.

Durch diese Vereinbarung wurde erreicht, dass die Bleiberate der Kiezbewohner bei 83 Prozent liegt. Die Linksfraktion in der BVV erwartet vom Bezirksamt, dass die herausgenommenen 450 Wohnungen durch Verhandlungen mit dem Vermieter umgehend in den Geltungsbereich der Erhaltungsverordnung einbezogen werden.

Thomas Goetzke
Bezirksverordneter

Das Interview

Zukunft entdecken

extraDrei sprach mit Sören Benn, Vorsitzender des Jugendhilfeausschusses und Mitglied des Ausschusses Gesundheit, Arbeit und Soziales.

Sören, als Vater, Schauspieler, Sozialpädagoge bist Du seit Oktober 2006 als Bezirksverordneter für die DIE LINKE.PDS in der BVV-Pankow. Wodurch bist Du motiviert?

Ursprünglich trug mich die Rot-Grüne Kriegspolitik zur PDS. Die Frage, wo ich meine durch Berufserfahrung gewonnene Fachkompetenz am sinnvollsten einbringen kann, wird durch meine Mitarbeit im Bezirksparlament im Moment am besten beantwortet. Dennoch: Ich muss mich erst einmal weiter in die Strukturen hineinarbeiten, denn Verwaltung ist weder sexy noch immer logisch. Mich treiben Aufgaben, mit denen ich mich identifizieren kann, aber auch das Ausloten politischer Räume, die gestaltbar sind. So fuchse ich mich zur Zeit in die Möglichkeit einer „Bespielbaren Stadt“ ein. Wir brauchen unter anderem dringend Spielräume anstelle von Gehegen – wie mir Kinderspielplätze in der Stadt häufig begegnen. Hier suche ich nach Ansätzen, um Argumente zu bekommen und stoße zum Beispiel auf eine DIN-Norm zur Stadtgestaltung. Aber um die gesamte Dimension zu erfassen, bräuchten wir einen ressortübergreifenden Arbeitsansatz: Fragen der Stadtentwicklung, der Kinder, der Grünflächenordnung und der Finanzen sind angesprochen und bedürfen eines gemeinsamen Lösungsansatzes. Deshalb wünsche ich mir bessere Vernetzung aller Beteiligten in der Bezirksverwaltung. Bei dem herrschenden Druck durch kurzfristige Pragmatik - schnelle Abhilfe für konkrete Probleme an konkreten Orten - bleibt wenig Zeit für ressortübergreifende Projekte.

Das Bezirksparlament als Ort der Gestaltung hat einen gewissen Reiz. Dann ist es nur eine Frage der geschickten, engagierten und politisch ausgerich-

teten Verwaltung, dass wir eine kinderfreundliche Stadt bekommen?

Das wäre zu einfach. Um die Arbeit im Bezirksparlament politisch zu gestalten, brauchen wir den Kontakt zu den BürgerInnen, brauchen wir andere Akteure, Institutionen, Basisinitiativen, soziale, ökologische, friedensorientierte Bewegungen, die die BVV inspirieren und treiben. Die Zukunft ist ein unentdecktes Land, das sich nur partizipatorisch erträglich bestellen lässt. Die gesellschaftliche Praxis ist immer innovativer als jedes Parlament.

Eines Deiner Steckenpferde ist der Mieterladen in der Grünen Stadt. Kannst Du für den von der Schließung betroffenen Mieterladen eine Perspektive zeichnen?

Wir stehen vor einem Neuanfang. Anstelle einer sozialen Dienstleistung werden wir Strukturen der Selbstverwaltung aufbauen müssen. BewohnerInnen, Mitglieder der Volkssolidarität und ehemalige Angestellte des Ladens haben einen Bürgerverein gegründet, der sich um neue Finanzierungswege kümmern wird. Es geht vor allem um die Sicherung der Räume und den Aufbau einer funktionierenden Ehrenamtsstruktur. Diese Einrichtung ist in den letzten Jahren zum Kiezknottenpunkt avanciert - Kaffeeklatsch, Computer, Sozialberatung, Mittagstisch, private Feiern usw. - jeder konnte vorbeikommen und mitmachen. Eine Perle in der ansonsten wenig bespielten Gegend. Nun suchen wir aktive und Fördermitglieder. Aber auch das Bezirksamt wird sich noch verhalten müssen.

Wie würdest Du als Vorsitzender des Kinder- und Jugendhilfeausschusses die Fälle von Kindesvernachlässigungen, wie sie jüngst auftraten, politisch bewerten?

Individualisierung, Flexibilisierungsdruck und Armut sind ein gefährlicher Mix, in dem Familie,



insbesondere Alleinerziehende schnell kollabieren können, wenn's draußen schlecht läuft, wenn einer ausfällt oder nicht mehr kann. Wenn dann noch gesellschaftliche Anerkennung fehlt, kann der Ort der Geborgenheit schnell zu einem Dampfkessel werden - so kommt es zu den Überreaktionen. Wir brauchen eine viel stärkere an den Problemlagen der Familien ausgerichtete Politik, eine Aufstockung der Mittel für Sozialarbeit, für Prävention und Kinderschutz. Es ist auffällig, dass in dem Maße wie die Ambulanten Hilfen, zum Beispiel die Familienhilfe, zurückgenommen wurden, die stationäre Hilfe, also die Heimunterbringung, vermehrt in Anspruch genommen wird. Dabei ist diese wesentlich teurer. Der Senat spart sträflich an der falschen Stelle.

Wohin können sich Ratsuchende wenden?

Es gibt die Berliner Kinderschutznummer 610 066 und eine Notfallnummer in Pankow, an die sich alle wenden können die 90295-5555.

Sören, wir danken Dir und wünschen Deinem Engagement viel Erfolg.

Interview: Lena Tietgen

Stadtmitte und Integration

Humboldt-Forum statt Schloss



Schlossplatz

extraDrei sprach mit Carola Bluhm, Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Berliner Abgeordnetenhaus:

Der Regierende Bürgermeister überraschte mit der Meldung, Berlin würde 32 Millionen Euro für das Humboldt-Forum bereitstellen. Ist das nicht eine Abkehr von der Position der Linkspartei. PDS, keine Landesmittel für das Schloss in der Stadtmitte bereit zu stellen?

Wir haben den Abriss des Palastes der Republik und den Schlossneubau immer abgelehnt. Die Idee des Humboldt-Forums, eines Kultur- und Wissenschaftszentrums, ist da-

gegen interessant, denn eine öffentliche Nutzung knüpft am besten an der Idee des früheren Palastes an.

Ihr habt den finanziellen Beitrag Berlins unter den Vorbehalt für eine öffentliche Nutzung gestellt. Was schwebt der Linksfraktion denn vor?

Gegenüber der Schlossidee mit Luxushotel und Kongresszentrum sind die außereuropäischen Museen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz zusammen mit dem Haus der Kulturen der Welt gewiss die bessere Idee. Mit dem Projekt soll aber auch ein Berliner Problem gelöst werden: Die Zentral- und Landesbibliothek (ZLB) hat bisher zu wenig Platz.

Entwickelt die Linksfraktion eigene Nutzungskonzepte? Wie sieht es insbesondere mit einer Präsenz von wissenschaftshistorischen Sammlungen der Humboldt-Uni (HUB) oder der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) aus?

Die Fraktion hat sowohl die Vertreter der HUB als auch der ZLB angehört. Wir präferieren die ZLB sowie die Stärkung der Agora als öffentlicher Ort für zukunftsgerichtete Diskurse.

Dieser soll aus der Zusammenarbeit von Humboldt-Uni, der MPG, dem Haus der Kulturen der Welt und den außereuropäischen Museen hervorgehen und das intellektuelle Zentrum des Humboldt-Forums bilden.

32 Millionen Euro sind in Anbetracht der finanziellen Lage Berlins eine Menge Geld. Wäre dieses Geld nicht an anderer Stelle besser aufgehoben, etwa im Kulturbereich der Bezirke? Das jedenfalls fordern die Pankower Musikschulen, die von Kürzungen betroffen sind.

Die Beteiligung muss tatsächlich einen erkennbaren Nutzen für die Berliner haben: Eine große städtische, allen zugängliche Bibliothek wäre ein bildungs- und kulturpolitisches Statement des Landes in der Mitte der Stadt. Uns nicht am Humboldt-Forum zu beteiligen, bringt leider den Musikschulen in den Bezirken keinen Vorteil, weil die Mittel für das Forum nicht einfach an die Schulen in die Bezirke weitergereicht werden können.

Interview:

Sebastian Schlüsselburg

Vielfalt und Zusammenhalt



Senatorin
Heidi Knake-Werner

Anfang Juni hat der Senat auf Initiative der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales Dr. Heidi Knake-Werner (DIE LINKE.) die Vorlage „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken: Integrationspolitik für Berlin“ beschlossen. Die Erfolge in der Integration von Menschen ausländischer Herkunft sind „entscheidend für die Zukunft Berlins“, sagt Heidi Knake-Werner. Dieses Konzept benennt die wesentlichen Handlungsfelder, Ziele und Leitprojekte rot-roter Integrationspolitik.

Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund beträgt 14 Prozent an der Gesamtbevölkerung Berlins. Tendenz steigend. Das Zusammenleben von Menschen mit unterschiedlichem kulturellem, religiösem und ethnischen Hintergrund ist in Berlin zur Normalität geworden. Migrantinnen und Migranten bringen ihre Erfahrungen, Fähigkeiten und ihre Kreativität nach Berlin mit.

Dadurch ist Berlin in den letzten Jahrzehnten reicher, bunter und at-

traktiver geworden. Aber: Dieses Zusammenleben regelt sich nicht von selbst. Hier setzt das Integrationskonzept an.

Es legt einen deutlichen Schwerpunkt auf das Handlungsfeld Integration durch Arbeit und Ausbildung. Leider ist die soziale und ökonomische Lage der ausländischen Bevölkerung noch immer wesentlich schlechter als die der deutschen Bevölkerung. Armut, schlechtere Ausbildung und Abhängigkeit von staatlichen Sozialleistungen gehören bei Migrantinnen und Migranten zum Alltag.

Um ihnen gleiche Chancen beim Zugang zu Ausbildung zu eröffnen, wird das Land Berlin u. a. den Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst weiter erhöhen.

Weitere Maßnahmen sind die Anerkennung der in den Heimatländern erworbenen Qualifikationen und die Möglichkeit, über den Weg der Teilqualifizierungen zu einem Ausbildungsabschluss zu gelangen. Zur

besseren Betreuung von Menschen mit Migrationshintergrund ist die gezielte Fortbildung von Mitarbeitern der JobCenter zu forcieren.

Elementare Voraussetzung für Ausbildung und Erwerbstätigkeit ist die Sprachförderung. Einschlägige Programme zur Förderung von Kindern und Jugendlichen in Kita und Schule werden weiter ausgebaut.

Die Integrationsministerin ist sich bewusst, dass das jetzt beschlossene Konzept nicht im Selbstlauf umsetzbar ist. Sie sagt: „Für Integrationspolitik braucht es einen langen Atem.“ Um möglichst viele Akteure und Partner für dieses Konzept zu gewinnen, veranstaltete der Senat auf ihre Initiative am 22. Juni einen Berliner Integrationsgipfel, an dem mehr als 400 Gäste teilnahmen. Einhellige Meinung: Es war ein Gipfel der nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand (siehe Heiligendamm) und der der Integrationspolitik einen starken Impuls gegeben hat.

Wolfgang Schneider

Linke Umweltpolitik

Für bessere Luft

Ab 01. Januar 2008 macht Berlin ernst mit dem Klimaschutz. Von da an gilt die vom rot-roten Senat auf Initiative der Umweltsenatorin Katrin Lompscher (Linkspartei) beschlossene Umweltzone.

Die Umweltzone ist ein Gebiet, in dem nur Kraftfahrzeuge fahren dürfen, die bestimmte Abgasstandards einhalten. Fahrzeuge mit besonders hohen Emissionswerten müssen draußen bleiben. Ausnahmeregelungen für Anwohner und Gewerbetreibende werden zur Zeit geprüft.

Die Umweltzone umfasst die Berliner Innenstadt innerhalb des S-Bahnringes. Das ist eine Fläche von ca. 88 Quadratkilometern, zu der auch der südliche Teil des Ortsteils Prenzlauer Berg gehört. Diese Zone ist besonders dicht bebaut. Etwa eine Million Menschen leben dort.

In den dicht bewohnten Berliner Innenstadtbezirken werden die Grenzen für Feinstaub und Stickstoffoxid an vielen Straßen überschritten. Wesentliche Ursachen dafür sind der Straßenverkehr insgesamt und

insbesondere Dieselfahrzeuge ohne Partikelfilter. Durch die Einführung der Umweltzone, so prognostiziert die Senatsumweltverwaltung, wird der Feinstaubausstoß aus Dieselausgasen fast halbiert.

Die Umweltzone wird in zwei Stufen, 2008 und 2010, eingeführt. Fahrzeuge, die die Umweltzone befahren, müssen mit einer roten, gelben oder grünen Plakette als emissionsarm gekennzeichnet sein, wobei rot für hohen und grün für sehr niedrigen Schadstoffausstoß nach Euronorm steht.

Ab 2010 dürfen dann nur noch Fahrzeuge mit grünen Plaketten in die Umweltzone. Die Plaketten kann jeder Fahrzeugbesitzer an den KFZ-Zulassungsstellen, bei den Abgasuntersuchungsstellen und in den KFZ-Werkstätten erhalten. Die Plakette gilt auch für Umweltzonen in anderen Bundesländern.

Katrin Lompscher zur Idee der Umweltzone: „Hohe Schadstoffkonzentrationen durch den Autoverkehr gefährden die Gesundheit der Bewohnerinnen und Bewohner. Deshalb dürfen Fahrzeuge mit be-



sonders hohem Schadstoffausstoß die Innenstadt nicht mehr befahren. Diese Einschränkung betrifft nicht einmal 7 Prozent der derzeit 1,2 Millionen in Berlin angemeldeten Fahrzeuge. Doch sie hilft, gesundheitsschädigende Schadstoffkonzentrationen deutlich zu vermindern.“

Die Umweltzone ist somit ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer ökologischen und gesunden Metropole.

Andreas Bossmann

Wie grün ist die Linke?

Dieser Frage stellten sich Ende Mai die Umweltsenatorin Katrin Lompscher und die Bundestagsabgeordnete Gesine Löttsch von der Fraktion DIE LINKE. im Café Walden in der Choriner Straße vor ca. 25 Zuhörern. Katrin Lompscher, die gerade vom Klimagipfel in New York zurückgekehrt war, wies auf die Gefahren des Klimawandels genauso hin wie auf die Möglichkeiten, die eine Stadt wie Berlin hat und inwieweit Berlin diese auch nutzt. Stolz berichtete sie von bereits erreichten Erfolgen.

Als Verursacher des Klimawandels gelten die Treibhausgase, die zu 80 Prozent in den Großstädten dieser Welt produziert werden. Berlin konnte diese kontinuierlich seit 1990 verringern und mit der ab Anfang nächsten Jahres in Kraft tretenden Umweltzone, die die komplette Berliner Innenstadt umfasst, wird sich der Ausstoß ebenfalls reduzieren. Auch mit sukzessiven

Umstellungen des Fuhrparks der landeseigenen Betriebe - wie beispielsweise der BVG und der BSR - auf erdgas- und biogasbetriebene Fahrzeuge wurde begonnen. Die Reduktion des Energieverbrauchs kann ebenfalls als Umweltschutzmaßnahme gewertet werden und auch hier wird mit kleinen und größeren Maßnahmen versucht, zu sparen – nicht nur der Umwelt zu liebe.

Als Fazit lässt sich resümieren, dass die Gefahren des Klimawandels erkannt wurden und Berlin versucht, seinen Teil dazu beizutragen, diese zu reduzieren.

Die Moderation von Marian Krüger und die Zuschauerfragen rundeten die gelungene Veranstaltung ebenso ab wie die anschließende Übertragung des Fußball-Champions-League-Finales auf der Großleinwand.

Nikolas Tosse



Sparauflagen gefährden bezirkliche Kultur



Kulturhaus Wabe

Harte Zahlen

Für die Berliner Bezirke wird die Haushaltsplanaufstellung für die Jahre 2008/09 kein Spaziergang. Die zum Teil drastischen Einsparungen der vergangenen Jahre setzen sich auch im kommenden Doppelhaushalt fort.

Eine Ursache für die Mittelknappheit ist das von einer Reihe von Bezirken als ungerecht kritisierte Zumessungsmodell, anhand dessen der Senat die Bezirke mit Mitteln ausstattet. Dieses Modell „belohnt“ diejenigen Bezirke, die in allen Ausgabenfeldern in den letzten Jahren hart gespart haben und „bestraft“ wiederum diejenigen, die politische Schwerpunkte in der Ausgabenpolitik gesetzt haben.

So hat Pankow hat in der Vergangenheit die bezirkliche Kulturarbeit, die Musik- und Volkshochschulen sowie Bibliotheken besser mit Sachmitteln und Personal besser ausgestattet als andere Bezirke. Demzufolge hat Pankow im Kulturbereich wesentlich höhere Produktkosten als andere Bezirke und liegt auch weit über dem ermittelten landesweiten Durchschnitt. Dieser Durchschnitt, auch Median ge-

nannt, bildet aber die Grundlage der Zumessung, was zur Folge hat, dass Pankow zum Beispiel im Kulturbereich jetzt erhebliche Personalkosten einsparen muss.

Ende Mai hat das Bezirksamt einen Eckwertebeschluss zum künftigen Doppelhaushalt gefasst. Besser gesagt: Es wurde eine Teilsumme von ca. 5,4 Mio. Euro Einsparungen im Personalbereich auf alle Ressorts verteilt. Die Vorgabe des Senats war eine Summe von über 11 Mio. Euro.

Die jetzt untersetzte Einsparsumme bedeutet beispielsweise für den Kulturbereich eine Reduzierung von ca. 780.000 Euro an Personalkosten. Das sind mehr als 20 Stellen, was etwa der Schließung von drei Bibliotheksstandorten gleich kommt, so der zuständige Kulturstadtrat Dr. Michail Nelken (DIE LINKE.). Über die Auswirkungen dieses Beschlusses und über das weitere Vorgehen diskutierten im Mai und Juni die Bezirksamtsmitglieder Christine Keil und Michael Nelken zusammen mit Mitgliedern der Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, der Pankower Bezirksver-

ordnetenversammlung (BVV) und des Bezirksvorstandes.

In dieser extrem schwierigen Situation, so waren sich alle Beteiligten einig, kann man den Bezirk nicht alleine im Regen stehen lassen. Die Pankower Mitglieder der Linkspartei im Abgeordnetenhaus sagten zu, dass bei den Haushaltsberatungen einzelne Ausgabenfelder nachgebessert werden und auch der Koalitionspartner SPD für die Belange des Bezirks in die Pflicht genommen wird.

Die Aufgabe der BVV-Fraktion besteht nun darin, sich eine klare Position zum Eckwertebeschluss des Bezirksamtes zu erarbeiten. Dabei ist die Frage offen zu diskutieren, wie mit einem Haushalt mit diesen Risiken umgegangen wird. Da es anderen Bezirken wie bspw. Lichtenberg nicht besser geht, ist der Kontakt zu den Genossinnen und Genossen dort wichtig. In der „AG Bezirke“ wurde deshalb ein gemeinsames Vorgehen der Linksparteipolitiker aus Land und Bezirken verabredet.

Erwin Schmitt



Bucher Ansicht

Stefan Liebich kümmert sich

„Welche Gründe gibt es dafür, dass die landeseigene Gesobau die Sanierung ihrer Bucher Wohnungsbestände zum Unwillen der Einwohner seit längerem vernachlässigt?“ Dazu stellte Stefan Liebich (Mda, DIE LINKE) im Mai eine Kleine Anfrage an den Senat. Er stellte sich hinter den Protest der Bürger, die sich von ihrer Wohnungsbaugesellschaft verschaukelt fühlen. Zugleich forderte Liebich damit eine Antwort auf das Versprechen, das

die Senatorin für Stadtentwicklung Ingeborg Junge-Reyer vor Monaten gegeben hatte. Dem nach sei die Gesobau aufgefordert worden, bis Ende 2006 eine Analyse über die Möglichkeiten und finanziellen Folgen für Sanierung, Modernisierung und Instandhaltung vorzulegen.

Inzwischen liegt eine Antwort der Senatorin vor. Dazu erklärt Liebich: „Seit Jahren weigert sich die Wohnungsbaugesellschaft Gesobau den riesigen Sanierungsstau in Buch als

Problem ernst zu nehmen und sich an dessen Abarbeitung zu machen. Zwar hat die rot-rote Koalition bisher alle Versuche der Privatisierung zurückweisen können, aber die Antwort der Stadtentwicklungssenatorin auf meine Kleine Anfrage belegt, dass auch die Einflussnahme des Eigentümers noch Reserve hat. Das Nichtstun der Gesellschaft lediglich zu begleiten, reicht nicht.“

ExtraDrei berichtet weiter.



Aus dem Bezirk

■ Wasserturmplatz saniert

Der sanierte Wasserturmplatz im Herzen von Prenzlauer Berg wurde an die Anwohner übergeben. Die Bauarbeiten kosteten ca. 1,9 Millionen Euro und wurden mit Fördermitteln der Europäischen Union und Haushaltsmitteln des Bezirks finanziert.

■ Synagoge wiedereröffnet

Mit der Wiedereröffnung der Synagoge in der Rykestraße in Prenzlauer Berg beginnen am 31. August die Jüdischen Kulturtag der Stadt. Die mit 1200 Plätzen größte Synagoge in Deutschland kann nach dreijähriger Sanierung wieder als Gotteshaus und Konzertraum genutzt werden.

Die Synagoge wurde 1904 im neoromanisch-orientalischen Stil erbaut. Das Haus wurde in der Reichspogromnacht 1938 nicht in Brand gesetzt, weil die Nazis die umstehenden „arischen“ Häuser nicht gefährden wollten. 1953 weihte der Ost-Berliner Rabbiner Martin Riesenburger die Synagoge neu.

Gekommen, um zu Bleiben

Jetzt neu: DIE LINKE!

In Deutschland gibt es eine neue Partei. Über 700 Delegierte aus den beiden Parteien WASG und Linkspartei.PDS stimmten in Neukölln der Fusion zur neuen Linken zu.

Als der Beschluss am Sonnabend gefallen war, geriet der Saal für einige Minuten zur Arena des Feierns. Mit gutem Grund: Seit zwei Jahren wurde über Hürden und Gräben hinweg der schwierige Weg beschritten, der nun im Gründungsakt mündete. Damit geschieht, was bei der letzten Bundestagswahl 2005 schon viele Wählerinnen und Wähler vorausgesetzt hatten.

Am Tag zuvor hatten WASG und Linkspartei.PDS noch in getrennten Sälen getagt. Bei uns, der Linkspartei, bestimmten ein wenig Wehmut, aber auch der optimistische Blick nach vorne, die Stimmung.

Die Berliner Delegierten konnten an diesem Tag schon ein wenig stolz sein: Parallel zur Eröffnung des Parteitags beschloss der Senat den Verkauf der LBB an den Sparkassen- und Giroverband. Damit wurde der Einbruch in das Drei-Säulen-System des deutschen Banksektors abgewendet, und für Berlin ein leistungsfähiges öffentliches Bankinstitut erhalten. Hierfür gab es verdienten Beifall. Sicherlich war das eine der kompliziertesten politischen Entscheidungen von Rot-Rot II. Und eine schöne Gründungs-Mitgift.

Viele Rednerinnen und Redner hielten die solidarische Kultur und den Anspruch sozialistischer Gesellschaftsveränderung hoch, die die PDS für sich gefunden hatte. Die Verbindung von politischen Freiheitsrechten und sozialer Gerechtigkeit sei ein Zukunftsmodell.



Nun müssen wir dafür kämpfen, dass es mehr Durchsetzungskraft und Einfluss in der Gesellschaft gewinnt. Hartz IV, Sozialabbau und die Einschränkung von Demokratie und politischer Freiheit sind nicht der Weg, mit dem sich die vielen Herausforderungen – vom sozialen Zerfall der Gesellschaft bis zur ökologischen Krise – bewältigen lassen.

Über Nacht wurde ein logistisches Wunder vollbracht. Aus zwei Sälen wurde ein gemeinsamer Tagungsraum. Es war beeindruckend, wie die vielen Menschen in der großen Halle die Aufbruchstimmung ausstrahlten, die die Debatte und die Wahl von Vorstand und Kommissionen begleitete. Nur ein technisches Problem verzögerte die Wahl und damit das Ende der Beratungen erst kurz vor Mitternacht. Der Lust, anschließend miteinander DIE LINKE. zu feiern, tat das keinen Abbruch. Inzwischen erste

Unkenrufe. Laut Westerwelle bedroht DIE LINKE. die Republik. Die Grüne Claudia Roth hält DIE LINKE. für konzeptionslos. Nun, wir werden sehen.

Offenbar verunsichert schon die Gründung einer sozialistischen, gesamtdeutschen Partei die politische Konkurrenz.

Herr Henkel (CDU) aus dem Abgeordnetenhaus fordert gar die erneute Überwachung. Herr Henkel, Fragen zu stellen und Zukunftsideen zu entwickeln, gehört in der Demokratie des Grundgesetzes zu den existenziellen Selbstverständlichkeiten!

Mit Ihren Ansichten setzt man sich selbst schnell des Verdachts aus, die demokratischen Regeln unserer Verfassung nicht so ernst zu nehmen. Sollte man Sie etwa überwachen? DIE LINKE ist da. Mit uns wird zu rechnen sein!

Dr. Klaus Lederer
Landesvorsitzender

Willkommen an Bord

Bei Wein, Wasser und Gespräch begrüßten wir am 24. Mai unsere neuen Mitglieder. Konzentriert im Schein der Kerze, knabberten wir nicht nur an dem Gebäck sondern auch an Fragen, Wünschen und Visionen.

Interesse an der Gemeinschaftsschule und Kommunalpolitik waren Beweggründe, in die Linke

einzutreten. Aber auch als Langzeitarbeitloser aus der Ohnmacht heraus zu finden, sich gesellschaftlich einzugeben.

Die Linke zeige sich durch Sparen mit sozialem Augenmaß glaubwürdig, so einer der Teilnehmer. Sandra Brunner, Gert Cramer und Julian Plenefisch vom Bezirksvorstand schilderten ihre Motivation

und Funktion in der Linken, Nicole Trommer und Katrin Möller stellten die Arbeit der Basisorganisation Luise vor.

Der Abend klang mit lebhaften Gesprächen in Kleingruppen aus, so dass wir von einem gelungenen Neumitgliedertreffen der anderen Art sprechen können.

Lena Tietgen

Protest

G8-Gipfel



Rostock, der 2. Juni. Das Wetter gab sich bewölkt und gelegentlich etwas regnerisch, aber die Stimmung scheint gut. Auf dem Vorplatz des Hauptbahnhofs hatten sich sogar die nach Heiligendamm eingeladenen Gipfelteilnehmer eingefunden, wenn auch nur als Pappkameraden und von der befürchteten starken Polizeipräsenz war bislang nichts zu sehen. Jedenfalls wenn man von dem unheimlich lauten Hubschrauber absehen mag. Ein Würstchenstand machte das Geschäft seines Lebens und die Veranstalter wurden nicht müde politische Reden in allen Sprachen über den Platz schallen zu lassen. Als sich der Marsch zum Kundgebungsplatz dann in Bewegung setzte, bot sich wirklich ein beeindruckendes Bild eines bunten Protestmarsches mit Vertretern eines breiten politischen

Spektrums. Was dann plötzlich vorgefallen war, ließ sich für uns im hinteren Feld der Demonstration nicht mehr rekonstruieren.

Wir waren beinahe am Kundgebungsgelände angekommen, als der Sprecher auf dem Wagen des hinteren „Schwarzen Blockes“ mitteilte, dass es weiter vorne zu Ausschreitungen mit der Polizei und zahlreichen Verletzten gekommen sei. Der Block wurde aufgelöst und die Vermummten zu „Solidaritätsbekundungen“ eingeladen. Das folgende hatte weder etwas mit dem Protest gegen die G8, noch mit Deeskalationstaktik zu tun. Die Gewaltausbrüche waren gekennzeichnet von Indifferenz und Abenteuerlust.

Letztere hatte auch ich, als ich versuchte die Stelle der ersten Ausschreitungen zu finden. Erstere erlebte ich, als ich daraufhin, mich vor Polizeitrupps zurückziehend, im Sperrfeuer der autonomen Steinewerfer wiederfand.

So wurde das Signal von Rostock denn auch in der medialen Reflektion erfolgreich verzerrt und ignoriert. Können die Krawalle von einigen hundert radikalen Autonomen ernsthaft interessanter sein, als ein friedlicher Protest mehrerer zehntausend Menschen gegen eine Weltpolitik unter dem Diktat der reichsten sieben Länder und Russlands? Die Antwort scheint

ja zu sein. Während Demonstranten in der Umgebung Rostocks noch in ihren Zelten ruhen, wird in den Zeitungen und Nachrichten des Landes bereits die Frage diskutiert, ob nicht der Einsatz von Gummigeschossen oder der GSG 9 angebracht wäre. Der Einsatz von Bundeswehr-Tornados zum Fotografieren von Steinewerfern wird nicht mehr nach sachlichen Kriterien beurteilt oder gar nach rechtsstaatlichen. Er wird gerechtfertigt mit der Zahl verletzter Polizisten. Man mag verwundert die Frage stellen, was eigentlich die anderen fünfzigtausend Menschen auf dem Platz taten.

Man mag sich fragen, warum sich so viele Zeitungen auf dem für die Randalierer aufgetragenen Seiten nicht mit der Frage der Entschuldigung afrikanischer Länder und einer funktionalen Entwicklungspolitik beschäftigen.

Schlimmer als über einen Protest gar nicht zu berichten, ist nur ihn seiner Inhalte zu berauben.

Falk Mäde

WANNWASWANNWOWASWANN

30. Juni 12 bis 14 Uhr
Infostand der BO Luise, Rathauscenter Pankow

30. Juni/1. Juli 10 Uhr
Erster Parteitag des Landesverbandes DIE LINKE. Berlin, Hotel Maritim, Nähe S- und U-Bhf. Friedrichstraße

2. Juli 18 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV, Fraktionszimmer (Bezirksamt) Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

5. Juli 19.30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstand DIE LINKE.Pankow, Geschäftsstelle, Kopenhagener Straße 76

6. Juli 18.00 Uhr
Basistag, Thema: Die Neue Linke., Gäste: Klaus Lederer, Linksparteichef Berlin und Elke Breitenbach, Mitglied des Parteivorstand, Geschäftsstelle Kopenhagener Straße 76

9. Juli 18 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV, Fraktionszimmer (Bezirksamt) Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

11. Juli 17.30 Uhr
BVV-Tagung, Bezirksamt Fröbelstraße 17, BVV-Saal, Haus 7

8. August 18 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstand DIE LINKE.Pankow, Geschäftsstelle, Kopenhagener Straße 76

27. August 18 Uhr
Sitzung der Linksfraktion in der BVV, Fraktionszimmer (Bezirksamt) Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109

30. August 19.30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstand DIE LINKE.Pankow, Geschäftsstelle, Kopenhagener Straße 76

31. August 19 Uhr
Sommerempfang der Linkspartei Pankow, Strandbad Weißensee

3. September 19.30 Uhr
Sitzung des Bezirksvorstand DIE LINKE.Pankow, Geschäftsstelle, Kopenhagener Straße 76

Impressum

Herausgeber: Die LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.pds-berlin-pankow.de
eMail: redaktion@pds-berlin-pankow.de

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 21. Juni 2007
Druck: double express Auflage: 8.500

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am **12. September.**

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Das Blatt wird durch Spenden finanziert.

Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 810-505.

Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.